

Aktionsbündnis Sozialproteste

Homepage: www.die-soziale-bewegung.de

Email: info@die-soziale-bewegung.de



Rundmail

11. Februar 2015

Landesparteitag DIE LINKE Niedersachsen fordert Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns

**Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

nachdem in der Rundmail vom 21. Dezember geschrieben stand, dass es einen Antrag an den Landesparteitag der Linken in Niedersachsen gibt, können wir Euch jetzt die erfreuliche Nachricht übermitteln: Nach fast 6 Jahren hartnäckiger Aktivitäten der Sozialproteste, überall vor Ort für die Forderungen 500-10 (steuerfrei), an denen so viele von Euch beteiligt waren und sind, haben nun die Delegierten des Landesparteitags Niedersachsen als erster Landesverband beschlossen:

„DIE LINKE fordert, dass jeder gesetzliche Mindestlohn lohnsteuerfrei gestellt wird“.

Der Beschluss ist gleichzeitig ein Antrag an den Bundesparteitag im Juni dieses Jahres.

Um die Forderung umzusetzen, muss der allgemeine monatliche Steuerfreibetrag der Einkommensteuer auf den Betrag angehoben werden, welcher für die Steuerbefreiung des Bruttomonatslohns bei Vollzeitarbeit (38,5 Stunden/Woche) mit gesetzlichem Mindestlohn notwendig ist.

Was heißt das? Die Überbesteuerung der Erwerbstätigen, egal, ob ArbeiterInnen, Angestellte, Beamte, Selbstständige oder Kleinunternehmer, hat bis heute immer extremere Ausmaße angenommen. Besonders skandalös: Beim Steuerfreibetrag wird anders als in Hartz IV kein Mehrbedarf für Erwerbstätigkeit zuerkannt, und es wird eine jämmerliche Warmmiete von lediglich 307 Euro anerkannt! Kein Wunder also, dass z. B. MindestlöhnerInnen durch den Lohnsteuerabzug schnell wieder in Hartz IV rutschen! Natürlich sind auch alle anderen Erwerbstätigen überbesteuert. Das muss beendet werden.

Zu dem Beschluss der LINKEN in Niedersachsen könnte jemand einwenden: „Von der deutlichen Entlastung aller SteuerzahlerInnen durch die vollständige Befreiung des Existenzminimums von der Lohn- und Einkommensteuer werden aber auch Großverdiener und Millionäre profitieren“. Das sollte unserer Meinung nach kein Hindernis sein: Es gibt gezieltere Mittel und Wege, um große Einkommen und Vermögen zu besteuern, als ausgerechnet Teile des Existenzminimums von Erwerbstätigen mit zu besteuern:

Da wäre eine Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes, der vor allem für die großen Aktiengesellschaften von Bedeutung ist (1989 war er 56 Prozent, heute ist er 15 Prozent), Reaktivierung der Vermögensteuer, ein höherer Spitzensteuersatz, hier vielleicht auch weitere Progressionsstufen für immer höhere Einkommen, Abschaffung der Abgeltungsteuer (nur 25 Prozent Steuern werden derzeit für beliebig hohe Kapitaleinkünfte oberhalb des Freibetrags erhoben – die großen Kapitaleinkünfte sind auf diese Weise noch nicht einmal von dem heute lächerlich niedrigen Spitzensteuersatz von 42 Prozent betroffen) usw.

Die Bevölkerung wird für die genannten gezielten Steuererhöhungsmaßnahmen, von denen nur große Einkommen und Vermögen betroffen sind, zu gewinnen sein und sie politisch mittragen, wenn sie erlebt, dass sie selbst in großem Ausmaß von Steuern entlastet wird.

Außerdem schafft die von uns geforderte und nun auch durch DIE LINKE in Niedersachsen unterstützte deutliche Entlastung der Erwerbstätigen die Möglichkeit, dass die Erwerbstätigen Verständnis für eine deutliche Anhebung des Hartz-IV-Eckregelsatzes entwickeln. Ihr Steuerfreibetrag bewegt sich dann ja wieder konsequent in der Größenordnung: Alg-II-Eckregelsatz + Warmmiete + Mehrbedarf für Erwerbstätigkeit und es ist leicht zu verstehen, dass jeder Euro mehr beim Alg-II-Regelsatz den Steuerfreibetrag erhöht.

Veränderungen müssen anstehen, die maßgeblich von Deutschland getragene Politik der sogenannten Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfond ist gescheitert. Veränderungen müssen anstehen, nicht nur in Griechenland und Spanien, sondern auch bei uns. Die Sozialproteste leisten ihren Beitrag dazu, damit die Verelendung und Arbeitshetze, mit der durch Hartz IV und Agenda 2010 immer mehr Menschen in immer unerträglicherem Maße herunter gedrückt worden sind, eines Tages der Vergangenheit angehören.

Erinnerung: Kommt zum 62. bundesweiten Treffen des ABSP am kommenden Samstag, 14. Februar in Göttingen!

Bisher haben schon viele MitstreiterInnen ihr Kommen angekündigt. Damit die MitstreiterInnen in Göttingen für die Verpflegung am Samstag möglichst gut planen können, meldet euch bitte an. Schickt dazu bitte eine E-Mail an edgar.schu@die-soziale-bewegung.de.

Die Anreisebeschreibung findet Ihr hier:

<www.die-soziale-bewegung.de/mails/ortsbeschreibungen/Anreise_Goettingen_verdi_Buero.pdf>

Die Einladung (unsere Rundmail vom 20. Januar) findet Ihr online hier:

<http://www.die-soziale-bewegung.de/mails/Anschreiben_2015-01-20.pdf>

Eingeladen ist wie immer jede und jeder Interessierte.

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Elstner, Teimour Khosravi, Hans Levy, Sabine Podewin, Volker Ritter, Tommi Sander, Robert Schmiedl, Edgar Schu, Dieter Weider, Walter Michael Wengorz, Helmut Woda

Kontaktdaten aller Kokreismitglieder:

<http://www.die-soziale-bewegung.de/kontakt.html>

Vernetzungsbüro: Edgar Schu, edgar.schu@die-soziale-bewegung.de, Tel.: 0551 20190386 und Sabine Podewin, soaev@jpberlin.de

Eintragen in/Austragen aus dem bundesweiten Rundmailverteiler per formlose Email an info@die-soziale-bewegung.de